

SUBRATA K. MITRA

## DEMOKRATIE UND UNZUFRIEDENHEIT

INDIEN VOR POLITISCHER RICHTUNGSENTSCHEIDUNG  
BEI DEN PARLAMENTSWAHLEN 2019

Nach ihrem spektakulären Sieg bei den Wahlen 2014 versprach die hindu-nationalistische Indische Volkspartei BJP unter Führung von Narendra Modi, nun würden «bessere Tage» (Hindi: *achche din*) anbrechen. Nach fünf Jahren wird ihre wirtschaftsfreundliche und auf einem starken Hinduismus basierende politische Agenda im April und Mai bei den Parlamentswahlen auf die Probe gestellt. Durch einen möglichen Zusammenschluss der Opposition schien die Wahrscheinlichkeit eines deutlichen Sieges von Modi in den letzten Monaten kleiner geworden zu sein. Allerdings haben der jüngste Terroranschlag in Kaschmir und erste Zeichen von Uneinigkeit bei der Opposition das Pendel wieder in Richtung des Amtsinhabers ausschlagen lassen. In jedem Fall können sich die Wähler\*innen zwischen zwei klaren Alternativen entscheiden: einer auf dem Hindutva-Konzept basierenden Staatsauffassung und einer multikulturellen, säkularen Vision Indiens, für die sich bereits der erste Premierminister des Landes, Jawaharlal Nehru, eingesetzt hatte.

Nur wenige Ereignisse haben einen solchen Einfluss auf die Tagespolitik wie bevorstehende Wahlen. In Indien, einer der wenigen erfolgreichen postkolonialen Demokratien, ist das nicht anders. Gewählt wird im April und Mai 2019 und im Wahlkampf wird wieder über Themen wie Kasten- und Klassenkonflikte sowie andere Widersprüche des indischen politischen Systems debattiert, die zwischen den Wahlen kaum Beachtung finden. Politiker\*innen aller ideologischer Lager sind eifrig damit beschäftigt, Absprachen zu treffen, Allianzen zu schmieden oder schlicht die Seiten zu wechseln. Medien und Kommentator\*innen begleiten in aufgeregtem Ton alle Entwicklungen. Das gehört zum normalen politischen Betrieb. Gleichwohl spürt man ein wachsendes Unbehagen aufgrund der massiven Polarisierung der politischen Öffentlichkeit, denn Indien befindet sich an einem Scheideweg.

Fünf Jahre Modi-Regierung haben die indische Gesellschaft gespalten – durch einen starken, selbstbewussten Nationalismus und die Durchsetzung hinduistischer Werte im öffentlichen Leben. Das Land ist an einem Punkt angelangt, an dem die Konkurrenz der Parteien über politische Themen hinausgeht und sich auf Werte und Normen fokussiert, auf die sich das politische System stützt.

In Indien dreht sich der politische Diskurs dabei um einige Kernfragen: Wie förderlich ist die Mehrheitsdemokratie für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung einer starken und inklusiven politischen Gemeinschaft? Werden langfristige Entwicklungspläne kurzfristigen Interessen geopfert, da sich das Land nahezu permanent im

Wahlkampf befindet? Und schließlich, wie stabil ist das gesellschaftliche Fundament des Säkularismus in Indien? All das unterscheidet die diesjährigen Wahlen von denen in den Jahren und Jahrzehnten zuvor.<sup>1</sup>

### POLITISCHE ALTERNATIVEN

Bei den Wahlen gibt es zwei dominierende politische Lager: die derzeit regierende Nationaldemokratische Allianz (National Democratic Alliance, NDA) und die Vereinigte Fortschrittliche Allianz (United Progressive Alliance, UPA). Die hindu-nationalistische Indische Volkspartei (Bharatiya Janata Party, BJP) ist das Rückgrat der NDA. Die BJP steht für eine wirtschaftsfreundliche Politik und versucht dabei, Elemente der Hindutva-Ideologie, mit der eine von Hindus dominierte religiös-nationalistische Ausrichtung von Staat und Gesellschaft angestrebt wird, mit einem Entwicklungskonzept zu vereinen. Modi bezeichnet das als «Vikashbad», was «inklusive Entwicklung» bedeutet. In seiner politischen Rhetorik nennt er es auch «Sabka Saath, Sabka Vikash», Entwicklung für alle.

Seine politischen Gegner\*innen werten den Slogan allerdings als Versuch, die Durchsetzung der Hindutva-Ideologie zu verschleiern, die massiv vom Nationalen Freiwilligenverband (Rashtriya Swayamsevak Sangh, RSS) vertreten wird, einer straff organisierten hindu-nationalistischen Massenbewegung, der rund fünf Millionen Inder\*innen angehören.

Die UPA, das größte Oppositionsbündnis im Parlament, wird von der Kongresspartei mit ihrem Präsidenten Rahul Gandhi angeführt. Ein vage formuliertes, auf sozialer Ge-

rechtigkeit und Säkularismus basierendes politisches Programm ist der gemeinsame Nenner dieses Wahlbündnisses, dessen Parteien, darunter zahlreiche Regionalparteien, ansonsten wenig ideologisch gemein haben.

Indien ist ein föderaler Staat, in dem die Regierungen der Unionsstaaten beachtliche Autonomie genießen. Ungeachtet dessen sind die Wahlen zum Unterhaus – der Lok Sabha – von enormer Bedeutung. Der Wahlsieger (ganz gleich ob Partei oder Koalition) bildet für fünf Jahre die Zentralregierung, die für so wichtige Politikbereiche wie Verteidigung, Außenpolitik und öffentliche Ordnung zuständig ist.

In Indien gilt das Mehrheitswahlrecht, das heißt, in den insgesamt 543 Wahlkreisen des Landes gewinnen die Kandidat\*innen, die die meisten Stimmen auf sich vereinen. Das kann zu erheblichen Abweichungen zwischen dem prozentualen Stimmenanteil einer Partei und dem Anteil an der tatsächlichen Zahl der gewonnenen Sitze führen. Deshalb wäre es für eine vereinte Opposition sinnvoll, in jedem Wahlkreis nur gemeinsame Kandidat\*innen gegen die NDA ins Rennen zu schicken, anstatt sich die Stimmen gegenseitig wegzunehmen.

Ein Unterschied zur Parteienlandschaft in Europa besteht darin, dass – mit Ausnahme der BJP und der kommunistischen Parteien – die indischen Parteien kaum ideologisch in der Gesellschaft verankert sind. Obwohl sie versuchen, die Parteiprogramme auf die Wahlkampagnen abzustimmen, geht es den Politiker\*innen vor allem um kurzfristige Bündnisse, bei denen etwa Loyalitäten gegenüber bestimmten Kastengruppen im Mittelpunkt stehen.

Regionalparteien könnten bei den Wahlen eine entscheidende Rolle spielen, wenn weder NDA noch UPA die Mehrheit von 272 Mandaten erreichen. Zu diesen Parteien gehören die Samajwadi Party (SP) und die Bahujan Samaj Party (BSP) aus dem nördlichen Uttar Pradesh, die All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam (AIADMK) aus Tamil Nadu im Süden Indiens, der Trinamool Congress aus Westbengalen und die vor allem in der Hauptstadt Delhi verankerte Aam Aadmi Party (AAP). Wer letztendlich mit wem zusammengeht, hängt von zahlreichen Faktoren ab, aber auch davon, wie die jeweiligen Parteien ihre Erfolgsaussichten selbst einschätzen.

## INDIENS ÜBERFÜLLTER POLITISCHER RAUM

Der überragende Wahlsieg der NDA im Jahr 2014 war in erster Linie ein persönlicher Erfolg von Narendra Modi, dessen BJP die Mehrheit der Sitze im Parlament erringen konnte. Dieser Triumph hat den Eindruck erweckt, dass es zu einer kritischen Neuausrichtung der politischen Kräfte in Indien gekommen ist.<sup>2</sup> Spektakuläre Siege bei Regionalwahlen in wichtigen Unionsstaaten wie Uttar Pradesh (2017) haben diesen Eindruck verstärkt, doch haben Niederlagen andernorts das Bild der Unbesiegbarkeit der BJP-geführten Allianz wieder getrübt. Erfolge der Opposition in Delhi und Bihar (2015) sowie in Madhya Pradesh, Rajasthan und Karnataka (2018) haben wieder einmal die Möglichkeiten, aber auch die Fallstricke des Mehrheitswahlrechts offenbart. In den Jahren 1967, 1977 und 1989 etwa hatte die damals regierende Kongresspartei bei den Parlamentswahlen überproportional viele Mandate im Vergleich zu den tatsächlichen Prozentpunkten verloren. Dieses Schreckgespenst verfolgt die Strategen der BJP auch heute, denn es lässt sich feststellen, dass die NDA beim Stimmenanteil nach wie vor gut abschneidet und trotzdem Mandate verliert.

Eine Vielzahl an Themen ist seit den letzten Wahlen auf die Tagesordnung gekommen. Ganz oben auf der Liste steht ein Phänomen, das sich mit dem Begriff *jobless growth* beschreiben lässt, also eines anhaltenden Wirtschaftswachstums ohne die gleichzeitige Schaffung neuer Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe oder im Dienstleistungssektor. Ein weiteres Sorgenkind ist die Landwirtschaft, deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt nicht einmal mehr ein Viertel ausmacht, in der aber nach wie vor mehr als die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung Indiens beschäftigt ist. Geringes Wachstum hat so zu einer massiven ökonomischen Notlage in der Landwirtschaft geführt, was Tausende Bäuerinnen und Bauern in den Selbstmord getrieben hat.

Großprojekte der Modi-Regierung wie die sogenannte Demonetarisierung (Entwertung großer Banknoten) Ende 2016 und die Einführung einer landesweit einheitlichen Umsatzsteuer, der Goods and Services Tax (GST), sollen einen Anstieg der Arbeitslosigkeit verursacht haben. Eine Umfrage des amerikanischen Pew Research Center im Frühjahr 2018 hat ergeben, dass nur 56 Prozent der Inder\*innen mit der wirtschaftlichen Lage des Landes zufrieden sind. Im Vorjahr waren es noch 83 Prozent.

Die größte Herausforderung für die BJP wird in den kommenden Jahren sein, die Menschen davon zu überzeugen, dass sie für wirtschaftliches Wachstum sorgen kann und gleichzeitig den sozialen Frieden, die nationale Sicherheit und die politische Einheit bewahrt. Modi hat im Wahlkampf vor fünf Jahren versprochen, die Korruption zu bekämpfen, die Regierungsführung zu verbessern und Entwicklung sicherzustellen. Nun geht es darum, konkrete Ergebnisse zu präsentieren, denn die indischen Medien und Modis Kritiker\*innen aus Politik und Zivilgesellschaft lassen keine Gelegenheit verstreichen, um leere oder falsche Versprechen aufzudecken und den Premierminister bloßzustellen.

Doch die Herausforderungen für die BJP gehen weit über die Wirtschaftspolitik hinaus. Die Oppositionsparteien und die Vertreter\*innen von Indiens eloquenter Zivilgesellschaft werfen der BJP vor, die Autonomie wichtiger Institutionen systematisch ausgehöhlt zu haben, darunter die Zentralbank (Reserve Bank of India) und das Bundeskriminalamt (Central Bureau of Investigation).

Auch Pläne, im nordindischen Ayodhya einen Tempel für den Hindu-Gott Ram auf den Grundmauern einer 1992 von Hindu-Fundamentalisten zerstörten Moschee zu errichten, spalten das Land. Modi hat das Thema seit Jahren auf der Agenda und unterstrich seinen Standpunkt unter anderem damit, dass er einen hinduistischen Geistlichen, Yogi Adityanath, zum Ministerpräsidenten des Unionsstaates Uttar Pradesh gemacht hat, in dem Ayodhya liegt. Gleichzeitig wurden in den letzten fünf Jahren zahlreiche Schlüsselpositionen im Land mit ranghohen Mitgliedern des RSS besetzt; sie bekleiden nun die Ämter von Ministern der Zentralregierung, Ministerpräsidenten und Gouverneuren in den Ländern sowie das Amt des Staatspräsidenten. Das wiederum verstärkt den Eindruck, dass es sich um einen systematischen Versuch handelt, dem Land eine hindu-nationalistische Ausrichtung zu geben.<sup>3</sup>

Das Thema Redlichkeit im öffentlichen Leben und in öffentlichen Ämtern ist ebenfalls auf die Tagesordnung zurückgekehrt. 2014 hatten massive Korruptionsvorwürfe und milliardenschwere Skandale zur Abwahl der UPA-Regierung geführt. Heute wirft die Opposition der Regierung ebenfalls weitreichende Verfehlungen vor, unter anderem im Zusam-

menhang mit dem Kauf von Kampfflugzeugen des französischen Herstellers Dassault. Der Präsident der Kongresspartei, Rahul Gandhi, hat sich zuletzt bei seinen Angriffen auf Premier Modi vor allem darauf fokussiert.

Ein weiteres Thema, bei dem sich die Regierung heftiger Kritik ausgesetzt sieht, ist die Aufweichung des Einbürgerungsrechts im Rahmen der sogenannten Citizenship Amendment Bill von 2016. Damit soll Einwander\*innen hinduistischen Glaubens aus den Nachbarländern die Einbürgerung in Indien erleichtert werden. Der Widerstand vor allem von ethnischen Minderheiten in den Staaten im Nordosten des Landes ist erheblich, denn sie befürchten, an Repräsentation in der Gesellschaft zu verlieren.

Im Gegensatz zu früheren Wahlen ist die politische Stimmung im Land von einem Gefühl der Angst geprägt – sowohl aufseiten der Unterstützer\*innen des Regimes als auch bei der Gegenseite. Bislang beispiellos ist, dass fast alle Äußerungen der Regierung im Zusammenhang mit Militäraktionen gegen den Nachbarn Pakistan kritisch hinterfragt werden. Zudem gibt es eine nahezu einheitliche Front von Zivilgesellschaft und Wissenschaft gegen Lynchmorde; ihnen sind in den letzten Jahren vor allem Angehörige religiöser Minderheiten zum Opfer gefallen, denen etwa der Handel mit Rindfleisch vorgeworfen wurde. All das deutet darauf hin, dass jenseits des üblichen Wahlkampfgetöses die indische Demokratie in einer ernsthaften Krise sein könnte.

### **IST INDIENS DEMOKRATIE IN GEFAHR?**

Premierminister Modi ist das Gesicht für Indiens Ansprüche im 21. Jahrhundert und polarisiert im Inland wie im Ausland. Die Gegensätze sind greifbar – einerseits das Selbstbewusstsein und der Schwung des aufstrebenden Indiens, verkörpert durch den Regierungschef, andererseits die mahnenden Stimmen der indischen «Säkularisten». <sup>4</sup> Abgesehen von der Zeit zwischen 1975 und 1977, als unter der autoritären Premierministerin Indira Gandhi in Indien der Ausnahmezustand herrschte, war die politische Kluft in der Gesellschaft selten so groß wie heute. Vor dem Hintergrund tief sitzender Ängste und gravierender Konflikte in der heutigen indischen Politik stellt sich die Frage, ob Indien nach den Wahlen noch eine funktionierende Demokratie sein wird, wie in den vergangenen 70 Jahren seit der Unabhängigkeit.

Ich bin der Ansicht, dass in Indien trotz der starken Polarisierung die demokratische Ordnung auch nach den Wahlen fortbestehen wird. Gleichwohl könnte sich die politische Landschaft radikal verändern. Diese Vermutung lässt sich anhand zahlreicher Faktoren belegen, etwa dem in der gesamten indischen Gesellschaft tief verwurzelten Gefühl der eigenen Wirkmächtigkeit oder der Legitimation und dem Vertrauen in die demokratischen Institutionen. So antworteten etwa auf die Frage «Glauben Sie, dass ihre Wahlstimme den Unterschied machen kann?» 1971 noch 48,5 Prozent der Menschen mit Ja, während es 2009 bereits 59,5 Prozent waren.

Bei Umfragen in den Jahren 1996 und 2004 schätzten vor allem gut qualifizierte Männer der Oberschicht und aus höheren Kasten die eigene Wirkmächtigkeit am höchsten ein. Gleichzeitig tauchen in dieser Kategorie auch Angehörige niedriger Kasten sowie religiöser Minderheiten wie Muslime und Christen auf. Das ist die Folge der politischen Mobilisierung ambitionierter Politiker\*innen, die die Interessen bestimmter Teile der Wählerschaft vertreten. Ein ähnliches Muster lässt sich bei der Frage der Legitimation demokratischer Institutionen feststellen. Beeindruckenderweise ist die

Zahl derjenigen, die das politische System als legitim ansehen, von 43,4 Prozent im Jahr 1971 auf 56,4 Prozent im Jahr 2009 gestiegen.

Die Artikulation von Unzufriedenheit bei Wahlen ist ein Zeichen für eine funktionierende Demokratie, in der die Menschen das Gefühl haben, ihre Beschwerden auch kundtun zu können. Was die Belastbarkeit einer Demokratie letztendlich ausmacht, ist die Fähigkeit des politischen Systems, diese Beschwerden mithilfe der Institutionen aufzufangen und zu verarbeiten und auf diese Weise die Unzufriedenheit in der Gesellschaft zu begrenzen. In Indien gibt es zahlreiche solcher Mechanismen wie eine freie Presse, eine unabhängige Justiz oder eine starke Legislative, wie etwa ersichtlich beim Informationsfreiheitsgesetz («Right to Information»), das Regierungsarbeit und Verwaltungshandeln transparent machen soll. Darüber hinaus sind die Wahlen selbst Geburtshelfer des politischen Wandels. Jede Wahl ermöglicht die öffentliche Auseinandersetzung mit der amtierenden Regierung und hat allein in den vergangenen fünf Jahren in mehreren Unionsstaaten zu Machtwechseln geführt.

Die indische Auffassung, es existierten ausgleichende Kräfte, ist tief im politischen System verwurzelt, wobei die Macht zwischen der Exekutive, der Legislative und der Judikative verteilt ist. Gleichzeitig gibt es eine vertikale Machtverteilung zwischen Zentralregierung, Landesregierungen und mehr als einer halben Million Gemeinderäten. Die Verwaltung und die Sicherheitskräfte verhalten sich neutral und professionell – und all das unter den Augen unabhängiger Gremien wie der Wahlkommission und der Justiz.

### **EIN INDISCHES RÄTSEL: DEMOKRATIE KONTRA ENTWICKLUNG?**

Obwohl der Fortbestand der indischen Demokratie nicht infrage steht, ist die Transformation von einer Wahldemokratie hin zu einer liberalen Demokratie mit erheblichen Unwägbarkeiten verbunden. Das Hauptproblem besteht in der problematischen Beziehung zwischen Demokratie und Entwicklung. Die Transformation von einer noch immer primär landwirtschaftlich geprägten Gesellschaft in eine Industriegesellschaft, die Schaffung eines Nationalstaates und auch die Entwurzelung von Menschen gehen oftmals nicht ohne Zwang vor sich und können in manchen Fällen auch zu extremer Gewalt führen.

Vor dem Hintergrund der strukturellen Veränderungen hat Barrington Moore bereits vor einem halben Jahrhundert davor gewarnt, dass es in Indien, das den demokratischen Weg des sozialen Wandels gewählt hat, «ein starkes Element von Zwang» geben werde, damit der Wandel auch tatsächlich stattfinden kann. «Sollte kein technologisches Wunder geschehen, durch das ausreichend Nahrungsmittel in einem Wasserglas oder einer Schale Sand angebaut werden können, dann muss die Arbeitskraft im Land effizienter verteilt, müssen technische Neuerungen eingeführt und Wege gefunden werden, um die Nahrungsmittel vom Land auch zu den Menschen in den Städten zu bringen. Entweder bedarf es verschleierte Zwangs von massivem Ausmaß wie im kapitalistischen System Japans oder direkten Zwangs wie im Sozialismus. Eines von beiden wird nötig sein.» <sup>5</sup> Tragisch daran ist, dass die Armen den größten Preis für die Modernisierung zu zahlen haben – egal ob unter kapitalistischen oder sozialistischen Vorzeichen.

Wahlen, die von Indien gewählte Methode politischen und sozialen Wandels, sind das Vehikel des Widerstands für die

jenigen, die sich von Entwicklung bedroht fühlen; für kleine Landbesitzer\*innen oder Arbeiter\*innen beispielsweise, die Angst haben, «überflüssig» zu werden, wenn die Modernisierung voranschreitet. Minderheiten, die sich dem Druck ausgesetzt sehen, sich zu integrieren, sind leicht gegen Entwicklungsprojekte zu mobilisieren, in denen sie eine Gefahr für ihren traditionellen Lebenswandel sehen.<sup>6</sup>

Immerhin ist es in Indien gelungen, den Konflikt um eine einheitliche Landessprache zu lösen, die Pakistan zerrissen und Sri Lanka in einen Bürgerkrieg getrieben hat. In Indien gibt es die Drei-Sprachen-Formel, nach der die jeweilige Regionalsprache die Verkehrssprache ist und Hindi oder Englisch als Verbindungssprache zum Rest des Landes dienen. Einen solchen Erfolg gibt es jedoch nicht in Fragen der Religion. Hier wird der Widerspruch zwischen dem von Premier Modis propagierten inklusiven Entwicklungsmodell und den schrillen Stimmen des ihn unterstützenden RSS besonders deutlich, die etwa den Schutz hinduistischer Symbole wie der (heiligen) Kuh fordern. Das wiederum gefährdet die Lebensgrundlage ganzer Bevölkerungsgruppen, vor allem von Muslimen und Menschen aus niedrigen Kasten, die von der Rinderzucht oder dem Rinderhandel leben. Dieser Gegensatz ist ein Problem für die Regierung.

Und es gibt noch weitere ungelöste Fragen, die das Potenzial haben, leidenschaftlichen politischen Streit zu entfachen. Bislang waren Außen- und Sicherheitspolitik in indischen Wahlkämpfen nicht ausschlaggebend, abgesehen vom indisch-pakistanischen Krieg 1971, der Indira Gandhi im Jahr darauf zu einem Erdrutschsieg verholfen hat. Gleichwohl könnten der Konflikt in Kaschmir, vor allem der jüngste Terroranschlag in Pulwana im Februar 2019, bei dem 40 indische Sicherheitskräfte ums Leben gekommen sind, und der anschließende indische Luftangriff auf ein mutmaßliches Terrorcamp in Pakistan das Wahlergebnis beeinflussen. Für die BJP hat das Thema enorme Relevanz, präsentiert sie sich doch als entschiedene Verteidigerin der territorialen Integrität des indischen Staates. Ob es tatsächlich für die Wahl entscheidend wird, hängt davon ab, ob es der BJP gelingt, Terrorismus zu einem wichtigen Wahlkampfthema zu machen und ob sie konkrete Ergebnisse etwa bei der Terrorbekämpfung vorweisen kann. Das könnte ihr eventuell Stimmen bei der urbanen Bevölkerung bringen. Auf dem Land dagegen hat die BJP aufgrund der tiefen Agrarkrise bereits an Rückhalt verloren.

## ZUSAMMENFASSUNG:

### INDIEN STREBT NACH OBEN, ABER WOHIN?

Die größte Errungenschaft des indischen politischen Systems ist die Aufrechterhaltung eines dynamischen Gleichgewichts, in dem sich Staat und Markt gegenseitig ausbalancieren. Bei diesem Prozess wird ein Anreiz für Wachstum und Umverteilung geschaffen. Bei den politischen Parteien hat es in grundlegenden Fragen wie etwa nationaler Identität einen solchen Annäherungsprozess nicht gegeben. Nach wie vor existieren zwei entgegengesetzte Ideologien, die von den beiden rivalisierenden Lagern vertreten werden: die eines multikulturellen und säkularen Indiens und die eines starken, den Staat dominierenden Hinduismus.

So wie es aussieht, befindet sich Indien heute an einem Scheideweg. Deutlich wird das durch die intensive Mobilisierung der politischen Kräfte und gesellschaftlichen Gruppen im Wahlkampf. Der Ausgang der Parlamentswahlen ist völlig ungewiss. Allerdings wird das Ergebnis dieser Wah-

len (das am 23. Mai 2019 bekannt gegeben wird) die Struktur des indischen Staates, die politische Kultur und politische Ökonomie sowie die Außenpolitik in der nahen Zukunft beeinflussen.

Doch unabhängig vom Wahlergebnis werden die institutionellen Grundlagen des indischen Staates bestehen und der demokratische Prozess erhalten bleiben. Wir können mit Sicherheit davon ausgehen, dass das Land unabhängig vom Ergebnis auf demokratischem Kurs bleiben wird. Gleichwohl werden ungelöste strukturelle Probleme wie die Krise der Landwirtschaft, die territoriale Integrität Kaschmirs und des indischen Nordostens, die in Gefahr geratenen Rechte der indigenen Bevölkerung und das emotionale Thema des Schutzes von (heiligen) Kühen die indische Demokratie auch weiterhin beschäftigen – sei es in Form sporadischer Gewaltausbrüche oder regionaler Konflikte. Das politische System als Ganzes ist in Indien jedoch stabil.

Subrata K. Mitra ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften am Südasiens-Institut der Universität Heidelberg. Er war Direktor des Instituts für Südasiens-Studien (ISAS) und Gastprofessor an der National University of Singapur (NUS).

Aus dem Englischen von Stefan Mentschel, Leiter des Regionalbüros Südasiens der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Neu-Delhi.

<sup>1</sup> Die Wahlen in Indien werden von einer unabhängigen Wahlkommission überwacht. Um die Sicherheit des Wahlverlaufs zu gewährleisten, wird aufgrund der Größe des Landes in mehreren Phasen gewählt. Die Einführung von elektronischen Wahlmaschinen (Electronic Voting Machines, EVM) und die Möglichkeit der Wahlkommission, Ergebnisse in Wahllokalen zu annullieren, in denen Zwang oder Betrug die Ergebnisse beeinflusst haben könnten, haben dazu geführt, dass die Wahlen in Indien frei und fair sind. <sup>2</sup> Vgl. Mitra, Subrata/Schoettli, Jivanta: The 2014 General Elections: A Critical Realignment in Indian Politics?, in: Asian Survey, 56 (2016) 4. <sup>3</sup> Für weitere Informationen zu RSS-Mitgliedern in hohen öffentlichen Ämtern in Indien vgl. Hindu nationalism: Orange Revolution, in: The Economist, 2.3.2019, S. 19. <sup>4</sup> Während Premier Modi glaubt, die Welt habe akzeptiert, dass das 21. Jahrhundert «Indiens Jahrhundert» sei, sieht der Journalist Ravi Velloor Modis Stärke vor allem in der Zerbrechlichkeit, der Schwäche Indiens; vgl. Velloor, Ravi: India Rising: Fresh Hope, New Fears, Singapur 2016, S. 358. <sup>5</sup> Vgl. Moore, Barrington: Social Origins of Dictatorship and Democracy: Lord and Peasant in the Making of the Modern World, Boston 1966, S. 410. <sup>6</sup> Ebd.

---

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE 5/2019 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de  
ISSN 1867-3171  
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin  
Redaktionsschluss: April 2019  
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation